



2/2023 JNS NEWSLETTER ٢/٢٠٢٣

- Als die internationale Stiftung, die wir sind, bieten wir diesen Newsletter – wie unsere Webseite – in vier Versionen an
Deutsch <https://www.jemal-nebez-stiftung.org/Deutsch/Newsletter>
English <https://www.jemal-nebez-stiftung.org/English/Newsletter>
کوردی https://www.jemal-nebez-stiftung.org/pid_697244
Kurdî <https://www.jemal-nebez-stiftung.org/Kurd/Newsletter-Kurd>
 - Wir sind zu Ehren von Jemal Nebez als Stiftung von Kurden für Kurden gegründet und bauen auf sein Lebenswerk, das wir bewahren und weit und breit bekannt machen wollen.
 - Wir sind rechtsfähig und politisch unabhängig, keiner Partei zugehörig. Unsere Gremien arbeiten ehrenamtlich. Für unsere Projekte und Planung sind wir auf Spenden angewiesen.
 - Wir sind nach deutschem Recht als gemeinnützig anerkannt. Was wir an Spenden erhalten, wird satzungsgemäß ausgegeben und offengelegt.
-

Liebe Kurdinnen und Kurden, Freundinnen und Freunde, alte und neue!

Die erste Hälfte des Jahres ist nun vorbei. In unserem Newsletter 1 im März konzentrierten wir uns auf die kurdische Kultur und freuten uns, dass die JNS Preis Kommission in Zara Mohammadi eine würdige erste JNS Preisträgerin hat ermitteln können.

Unser Newsletter 2 enthält nun die drei Texte unserer Startseite seither. Am längsten liegt der Text zurück, der noch vor den Wahlen in der Türkei geschrieben wurde. Dann folgt der Text zum Ergebnis, was daraus unmittelbar folgte. Und oben finden Sie/findet ihr unsere Überlegungen zum anschließenden NATO Gipfel in Vilnius.

Aus dem, was in diesen Texten gesagt wurde, ergibt sich die dringende Notwendigkeit, sowohl die Geschichte der Teilung Kurdistans als Ergebnis des Ersten Weltkriegs als auch die im weiteren Verlauf entwickelte Völkermord-Politik gegen die Kurden zu erforschen. Diese Art von Politik wurde zunächst von der Türkei entwickelt und dann von anderen Staaten der Region, die einen Teil Kurdistans umfassen sollten,

übernommen. Darüber hinaus wurde eine Variante der Völkermord-Politik auch im internationalen Kontext gegen Kurden praktiziert.

Unser nächster Newsletter ist für den Herbst geplant.

Zum Nato-Gipfel (10.) 11.07.2023 in Vilnius

Kurz vor Beginn erhöhte Erdogan nochmals seine Forderungen

Dass Erdogan seine Blockade gegen den Nato-Beitritt Schweden aufgegeben hatte, war dem Nato-Generalsekretär am wichtigsten. Auf Nachfrage ergänzte er: Es fehlte zwar noch die Ratifizierung, aber nach Aufgabe des Widerstands Erdogans gegen den Beitritt Schwedens und entsprechender Zustimmungsempfehlung an sein Parlament, würde alles Weitere seinen Gang gehen, so Stoltenberg.

NATO-Mitglied Türkei erhielt enorm viele Zugeständnisse für die Aufgabe seiner Blockade-Haltung gegen den Beitritt Schwedens

Nachdem der türkische Präsident noch in Ankara kurz vor Abreise seine Forderungen an Schweden, die USA und die Nato überraschend erhöht hatte (und jetzt sogar die baldige Wiederaufnahme von EU-Beitrittsverhandlungen mit seinem Land und schließlich den EU-Beitritt verlangte), blieb der Nato-Generalsekretär dran.

Seine Vermittlungsgespräche zwischen Erdogan und dem schwedischen Ministerpräsidenten Ulf Kristersson waren vielfältig, zeitweise war auch EU-Ratspräsident Charles Michel anwesend. Offenbar gibt es eine Möglichkeit, auch ohne EU-Beitritt, der Türkei wirtschaftliche und sonstige Vergünstigungen zuzugestehen, die „sehr viel Geld bringen“ könnte, war von einem Korrespondenten vor Ort zu hören. Charles Michel hätte aber erwähnt, dass dafür ein EU-Beschluss notwendig sein würde. Auf den Hinweis von Stoltenberg, dass Schweden in der Lage wäre, sich in der EU für die Türkei zu verwenden (sei es bezüglich der diskutierten „Zollunion“, sei es bezüglich des EU-Beitritts schlechthin), darauf ging Ministerpräsident Kristersson bereitwillig ein. In einer Beschreibung des Verhaltens Schwedens hieß es von Korrespondenten in Vilnius: Schweden hat zugesagt, die Türkei ungefähr an allen Fronten zu unterstützen.

Mit US-Präsident Biden tauschte sich Erdogan wohl in Vilnius direkt aus und war offenbar mit der einfache Zusage Bidens zufrieden. Die USA würden der Türkei die geforderten Hochtechnologie-Kampffjets nun bald liefern.

NATO jetzt erstmals mit Terrorismus-Sonderbeauftragten

Von Nato-Generalsekretär Stoltenberg wurde Erdogan auf dem Vilnius Gipfel ein anderes ebenfalls schon lange vorgetragenes Anliegen erfüllt. Die Nato habe jetzt erstmals einen Sonderbeauftragten für Terrorismusbekämpfung, ließ Stoltenberg die vielen angereisten Korrespondenten wissen. Wer das wird oder ist, wurde nicht erwähnt, auch sonst keine weiteren Informationen. Aber als Signal reichte das wohl auch so dem türkischen Präsidenten, dem

„PKK-YPG Terrorbekämpfung“ ein wichtiges Thema ist und der aufgrund dessen zunächst den Beitritt Finnlands (bis April) und Schwedens (bis zum Tag des Nato Gipfels) blockiert hatte.

Die Frage ist, ob die NATO bei der Übernahme des Anliegens ihres Mitglieds Türkei, diese bei der Terrorbekämpfung bestimmter kurdischer Gruppen zu unterstützen, womöglich Anstrengungen gemacht hat, konfliktmindernd zu wirken.

Die Frage ist auch, welcher Anstöße es bedarf, um bereits vorhandene Neuerungen im Völkerrecht in den Zusammenhängen geltend zu machen und einzuführen, die die gegen ihren Willen staatlich geteilte Kulturation der Kurden in Kurdistan und anderswo betreffen. Und nicht nur im Völkerrecht, auch was die Entwicklung von inter- oder supranationalen Organisationen angeht, und schließlich auch was die rechtsleiteten Entwicklungen in allen anderen Bereichen angeht.

Die Frage ist schließlich, welche innovativen Vorschläge die betroffenen Kurden aus ihren jeweiligen Lebenszusammenhängen heraus - im Sinne ihrer staatlich Wir Kulturation beisteuern können.

Liebe Freundinnen und Freunde der Jemal Nebez Stiftung, alte und neue!

Es könnte sehr wohl sein, dass aus diesen ersten fragen sich viele mehr - und bessere! - entwickeln. Dann wären wir schon fast auf dem Weg hin zu einem veritablen ersten Jemal Nebez Forschungsprojekt.

Ziel ist es, neues Denken und Handeln auf all den institutionellen Ebenen anzuregen, die geeignet sind, die gegenwärtige in 100 Jahren Völkermordpolitik entstandene unerträgliche Situation für Kurden - in Kurdistan und anderswo - auf jeden Fall zu mildern.

Mit langem Atem, Schritt für Schritt, und immer auf der Grundlage excellenter Forschungsergebnisse.

Reez w silav!

Herzliche Grüße

Jemal Nebez Stiftung

Rechtsfähig und gemeinnützig



Zum Ergebnis der 2023 Parlamentswahl in der Türkei

Präsident Erdogan weiter im Amt, beruft Minister kurdischer Herkunft, Türkei-Kurden wollen Selbstbestimmung

Der islamisch-konservative Präsident Recep Erdogan wurde erneut auf fünf Jahre gewählt. Und er ließ verlauten, dass er sich auch für danach zur Verfügung stellen würde.

Weichenstellung für die nächsten Monate, 2024 Kommunalwahlen

Erdogans neues Kabinett macht zunächst Hoffnung auf Mäßigung. Ob das einen Kurswechsel bedeuten könnte, und wenn ja, auf wie lange, ist unklar. In dem von Erdogan für sich maßgeschneiderten Präsidialsystem hat er alle Möglichkeiten, den Kurs der Türkei zu bestimmen.

Was sein neues Kabinett angeht, zwei Berufungen dürften besonders im Ausland beachtet werden, nämlich die Ernennung von Mehmet Şimşek zum Finanzminister (was einen neuen Kurs in der Bekämpfung der Inflation bedeuten könnte) sowie die Entscheidung, das Amt des Vizepräsidenten mit Cevdet Yilmaz, einem erfahrenen Wirtschaftsspezialisten zu besetzen und ihn mit der Wiederbelebung der Wirtschaft zu beauftragen. Wenn Bezirke im Südosten, die nach den Unruhen 2015 vernachlässigt blieben, nachholende Aufmerksamkeit bekämen und an der Wiederbelebung des Landes teilnehmen könnten, auch was Erdbeben-Aufbauhilfe angeht, würde nicht nur die Wirtschaft belebt, sondern auch damit begonnen, lange bestehendes Unrecht endlich ernst zu nehmen. Das wäre auch ein guter Anfang überhaupt, um über die Grenzen Vertrauen in Wirtschaftsstandort der Türkei wiederzugewinnen, was Erdogan offenbar versucht, was verloren ist.

Im Wahlkampfmodus und im Kampf um die Durchsetzung des von ihm gewollten Präsidialsystems setzte Erdogan auf Polarisierung und auf immer wieder neue Konfrontationen. Dafür hatte er auf Jahre einen treuen Scharfmacher im Innenministerium: Süleyman Soylu.

Der bei den ultranationalistischen Grauen Wölfen beliebte Soylu war nach dem Putschversuch 2016 hart gegen die verschiedensten Gegner der Regierung vorgegangen und hatte durchgängig einen besonders repressiven Kurs gegen die Kurden verfolgt. Statt Übergriffe auf Oppositionspolitiker im Wahlkampf zu verurteilen, hatte er gedroht, die Opposition „zu zertreten“. Auch zog er die Legitimität der Wahlen in Zweifel, als er behauptete, ein Sieg der Opposition käme einem „Putschversuch des Westens“ gleich.

Der neue Innenminister Ali Yerlikaya hat viel Erfahrung, was das Verwalten von Metropolen und Städten angeht. Er gilt als Erdogan ergeben. Auf jeden Fall tritt er konziliant auf. Bei seiner Amtsübernahme sagte der 54-Jährige, er werde sich als Innenminister „an der Herrschaft des Rechts und den Menschenrechten“ orientieren.

Das lässt auf einen weniger repressiven Kurs gegen die Opposition in der Türkei hoffen.

Unvergesslicher Juni 2015

Der harte Kurs gegen die Opposition stand im Zusammenhang mit der Wahl-Schlappe der AK Partei im Juni 2015. Sie traf den AKP-Chef zu einer Zeit, als er vorwärts wollte mit seinem Plan, die Türkei in ein für ihn maßgeschneidertes Präsidialsystem umzuwandeln, nun sah er sich einer erstarkten Opposition gegenüber.

Seinen Gegnern war nicht entgangen, wie seine Auseinandersetzung mit der verbotenen Arbeiterpartei Kurdistan PKK scheiterte. Nachdem er die eingegangenen Friedensgespräche mit der Partei abgebrochen hatte, was nicht wenige Ultrarechte begrüßten, kam es zu blutigen Unruhen im Südosten der Türkei, zu Straßensperren und Panzereinsätzen. Das weckte bei der Bevölkerung dort schlimme Erinnerungen an den Krieg gegen die PKK in den 1980er und 1990er Jahren, und erinnerte auch an weiter zurückliegendes militärisches Eingreifen wie den Dersim-Völkermord Ende der 1930er Jahre. Der Abbruch des Versuchs zum gerechten Frieden zu kommen, war nicht begründet worden, was die Situation zusätzlich verschärfte.

Erdogans wahltaktisch richtige Entscheidung für vorgezogene Wahlen noch im November des Jahres, konnte die Juni-Wahlschlappe zwar schnell ausgleichen und die absolute Mehrheit zurückgewinnen, aber die ungelösten Probleme, die Opposition und Kritik an ihm blieben.

Zeitenwende für die Kurden in der Türkei

Für die prokurdische HDP brachten die Parlamentswahlen im Juni 2015 den Durchbruch. Mit ihr gelang es erstmals einer prokurdischen Partei, sich bei einer Parlamentswahl dafür zu qualifizieren, in die „Große Nationalversammlung der Türkei“ aufgenommen zu werden. Sie hatte die Zehnprozent-Sperrklausel problemlos nehmen können. Mit 13,1% lag ihr Stimmenanteil sogar deutlich darüber.

Als erste prokurdische Partei überhaupt, die immer für sich in Anspruch genommen hat, die Anliegen der kurdischen Minderheit in der Türkei zu vertreten, trat sie nach Erledigung mancher Formalitäten nicht nur der „25. Großen Nationalversammlung der Türkei“ bei, sondern konnte dann auf Anrieb auch eine eigene Fraktion bilden. Die Mindestanzahl dafür sind 20 gewählte Abgeordnete. Die prokurdische HDP hatte 80 gewählte Abgeordnete in ihrer Fraktion.

Der 1. November 2015 bestätigte das zuvor Erreichte

Wiederum konnte die prokurdische HDP die Zehnprozent-Sperrklausel problemlos überwinden, wenn auch mit weniger Prozentpunkten (10,8) und weniger gewählten HDP Abgeordneten (59), konnte aber wieder eine eigene Fraktion für ihre parlamentarische Arbeit bilden.

Was die Anzahl der jeweils gewählten Parteiabgeordneten angeht, stand sie nach der November-Wahl sogar an dritter Stelle in der Fraktionshierarchie (nach der AKP und CHP, und vor der MHP, die in der November-Wahl nur 40 Abgeordnete einbringen konnte; im Juni hatten HDP und MHP noch gleich viele gewählte Abgeordnete im Parlament, nämlich jeweils 80).

Juni 2018 Parlamentswahlen wiederum ein Erfolg für Kurden

In dieser Wahl konnte die prokurdische HDP ihr letztes im Ganzen gutes Ergebnis leicht ausbauen auf 11,7% Wähleranteil und 67 HDP-Abgeordneten (womit sie sogar ein besseres Ergebnis als die in Regierungskoalition stehende MHP erzielte, nämlich 11,1% mit 49 gewählten MHP-Abgeordneten).

Dabei war die Zeit von November 2015 bis Juni 2018 voller Herausforderungen gewesen.

Diese Zeit enthielt den Putsch-Versuch im Juni 2016 und was von Seiten der Erdogan-Regierung darauf folgte: Verhaftungen und Amtsenthebungen zu Tausenden. Im November 2016 war die Doppelspitze der prokurdischen HDP, Demirtas und Yüksedağ, verhaftet worden.

Diese Zeit enthielt auch die völkerrechtswidrigen Angriffe der Türkei auf Kurden in Kurdistan in Syrien oder Rojava, für die sich Erdogan die Zustimmung der Mehrheit im Parlament holte, ohne dass das Nein der prokurdischen HDP-Fraktion eine Rolle spielen konnte.

In dieser Zeit wurde auch das von Erdogan gewollte Präsidialsystem in der Türkei vorwärts und zur Einführung gebracht. Die prokurdische HDP stimmte im Parlament am 20. Januar 2017 mit Nein. Und nicht nur sie, Erdogans Anliegen scheiterte, jedenfalls im Parlament. Darauf wurde im April 2017 ein Volksreferendum durchgeführt. Das brachte ihm die gewünschte Zustimmung.

Vor und im Wahlkampf 2023, Erdogan droht weiter mit HDP Verbot

Im Vorfeld der 2023 Parlamentswahlen drohte der AKP-Chef wiederholt mit dem Verbot der prokurdischen HDP aufgrund von „Zusammenarbeit mit dem Terror“.

Nach langem Zögern verzichtete die Partei schließlich, sich für die am 14. Mai 2023 durchgeführte Wahl zur 28. Großen Nationalversammlung der Türkei aufzustellen. Einzelne HDP-Mitglieder mit den entsprechenden Voraussetzungen könnten sich allerdings über die Listen anderer Parteien zur Wahl stellen.

Grün-Linke YSP kandidiert für 2023 Parlamentswahl

Dreimal zuvor hatte die Grün-Linke Partei YSP die prokurdische HDP bei Wahlen unterstützt, bei den Präsidentschaftswahlen 2014 (als sich der HDP-Politiker Demirtas zur Wahl stellte) und bei den beiden 2015 Parlamentswahlen. Sie selbst kandidierte nicht und sie stellte auch keine Kandidaten auf.

Im Mai 2023 ist es umgekehrt gewesen. Die Grün-Linke Partei YSP hatte eigene Kandidaten aufgestellt und die Partei zur Wahl angemeldet. Dazu setzte sie einige Abgeordnete der HDP zur Wiederwahl.

Fazit:

Wie es weitergeht, wird das Zusammenspiel der gewählten kurdischen Abgeordneten im Parlament einschließen, sei es auf der Seite der Regierung oder auf der Seite der Opposition, oder durch das Einbringen von eigenen Vorstellungen.

Es können im günstigen Augenblick auch einzelne gewählte Abgeordnete im Parlament die Initiative ergreifen und die Forderungen ihrer Wähler vortragen, damit sie auf dieser hohen Ebene zumindest einmal gehört werden. Zum Beispiel diese zur Änderung der Verfassung der Türkei:

- **Anerkennung des kurdischen Volkes und der Identität der Kurden in der Verfassung.**

- **Anerkennung der kurdischen Sprache als zweite Amtssprache und Unterricht damit auf allen Bildungsebenen;**

- **Anerkennung des Status, in dem das kurdische Volk das Recht hat, sich in Kurdistan selbst zu regieren.**

„PKK-Terror, andere Gruppen“ - Erdogans Verhandlungen mit NATO und Schweden

Manche der neuen Berufungen ins neue Erdogan-Kabinettt lassen zunächst auf Mäßigung hoffen. Das lässt sich allerdings von der Berufung Hakan Fidans ins Amt des Außenministers nicht zu sagen. In der *Neuen Zürcher Zeitung* NZZ stand dies über ihn kurz nach Bekanntmachung seiner Ernennung zum Außenminister:

„Der langjährige Geheimdienstchef gilt als besonnener, erfahrener Verhandler mit exzellenten Kontakten im Nahen Osten. Allerdings zeichnete Fidan sowohl für die Unterstützung islamistischer Rebellen in Syrien verantwortlichen sowie auch für die Entführung türkischen Dissidenten im Ausland. Auch in seinem neuen Amt dürfte er sich weniger am Recht als an den nationalen Interessen orientieren. Und was diese sind, wird auch in Zukunft Erdogan definieren.“

Außenminister Fidan war Chef des türkischen Geheimdienstes MIT, als am 9. Januar 2013 in Paris drei kurdische Politikerinnen ermordet wurden: Sakine Cansiz, Fidan Dogan und Leyla Saylemez. Der Fall ist von der französischen Polizei intensiv untersucht und breit publiziert worden.

Und zu den „islamistischen Rebellen“, denen er die Unterstützung der Türkei vermittelte, gehört auch der „IS“. Eben der „IS“, der - mit der Mentalität der ersten Jahrhunderte des Islam – auf barbarische Weise von zu Kurdistan gehörendem Land Besitz ergriff und die dort wirtschaftenden Menschen zunächst brutal ausraubte und dann versuchte, Steuerzahler aus ihnen zu machen. Bei einer Gruppe andersgläubiger Kurden (Yezidis) war Auslöschung das Ziel, dadurch dass Männer und Jungen getötet, ihre Frauen versklavt und auf Märkten zum Verkauf angeboten wurden. Diese zehn Jahre und weniger zurückliegenden Verbrechen des „IS“ werden niemals verjähren.

Verstärkter Kommunikationsbedarf zwischen NATO, Mitglied Türkei

NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg ist an einem schnellen und intensiven Kontakt mit der Türkei interessiert. Er nahm an der Amtseinführung Erdogans in Ankara teil, und am Wochenende fanden die ersten Gespräche statt.

Kaum war der Außenminister im Amt, meldete sein Ministerium, dass er in einem Telefongespräch mit seinem schwedischen Amtskollegen "konkrete Schritte" von diesem gefordert habe, um die Zustimmung zu dem von Schweden beantragten Beitritt "voranzutreiben". In der Botschaft wurde ein konkreter Schritt genannt, nämlich die Einrichtung eines "ständigen Gesprächsmechanismus" zwischen den beiden Staaten.

Diese Gespräche sollen sich mit der terroristischen Bedrohung durch die PKK und "andere Gruppen" befassen. Nicht nur Schweden, sondern auch andere "nordische Länder" wurden von Ankara beschuldigt, kurdischen "Terroristen" Unterschlupf zu gewähren und sie vor der Auslieferung an die Türkei zu schützen.

NATO-Generalsekretär drängt - wünscht sich Türkei-Teilnahme in der Koalition des Westens gegen Putin-Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine

Nicht nur Präsident Erdogan und sein Außenminister, auch NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg ist an einem schnellen und intensiven Kontakt mit der Türkei interessiert. Er nahm an der Amtseinführung Erdogans teil, und an dem Wochenende fanden die ersten Gespräche statt.

Der politische Westen, alle NATO Mitglieder (mit manchen Ausnahmen wie derzeit noch Schweden und paradoxer Weise auch die Türkei) sucht bekanntlich weitere Partner zur Unterstützung seiner Koalition gegen Putin-Russland wegen dessen Angriffskriegs gegen die Ukraine.

Die Türkei als NATO-Mitglied (beigetreten im Februar 1952) ist dazu offenbar nicht verpflichtet und war bisher auch nicht dazu bereit. Stattdessen positioniert sie sich als Vermittlerin. Was die EU-Sanktionen gegen Russland betrifft, so wurden sie von der Türkei unterminiert.

Das NATO Militärbündnis verpflichtet die Mitgliedstaaten nur dazu, sich untereinander im Fall eines Angriffskrieges zu schützen. Ein Angriff auf ein Mitglied ist wie ein Angriff auf alle. Nur das ist der sogenannte NATO-Fall.

Erdogans völkerrechtswidriger Angriffskrieg gegen Rojava in Syrien

Angesichts der Tatsache, dass die Türkei selbst einen Angriffskrieg gegen eine Kurden-Region im Nachbarstaat Syrien führt, wirft diese Initiative der NATO zwangsläufig viele Fragen auf.

Die bisherige Haltung der NATO dazu war - Schweigen. Diese Haltung dürfte der Glaubwürdigkeit des Militärbündnisses eher geschadet haben. In Selbstdarstellungen spricht die NATO von sich als „wertgeleitet“.

Wenn viel Geld fließen soll, wird viel offengelegt werden müssen.

Nach dem 2. Weltkrieg ist schon einmal - im Rahmen des Marshall-Plans - viel Geld in die Türkei geflossen, doch die Völkermord-Politik der Türkei gegen die kurdische Minderheit im Land wurde seinerzeit unbehelligt fortgesetzt.

Es hat natürlich immer wieder Variationen dieser Politik gegeben und manche Verfeinerungen, wie gerade eben - mit der Berufung von Ministern kurdischer Herkunft. Die schreckliche Politik gegenüber den Kurden in der Türkei ist dadurch nur oberflächlich geändert, ohne Garantie auf Fortsetzung.

Noch ist nicht erkennbar, ob Präsident Erdogan seinem mehrheitlich aus ethnischen Türken bestehendem Land eine neue Richtung geben will, die die Selbstbestimmung der einschließt, die Kurden in der Türkei heute fordern.

Noch ist aber auch nicht von großen finanziellen Zugeständnissen an die Türkei die Rede, nur zu erwarten, angesichts der wirtschaftlichen und finanzpolitischen Schwierigkeiten des Landes.

Immer noch offen, der NATO Beitritt Schwedens

Wie diese Auseinandersetzung über den NATO Beitritt Schweden ausgehen wird, jetzt unter Außenminister Fidan, ist noch nicht ganz entschieden. An welchen Forderungen die Türkei gegenüber Schweden festhalten will, und zu welchen Zugeständnissen sie bereit ist, wird verdeckt verhandelt.

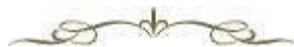
Wann mit den eigentlichen Ergebnissen zu rechnen ist, ist offen. Aber da von zwei Seiten - von Seiten Schwedens und der des NATO Generalsekretärs - ein baldiger Abschluss gewünscht ist, ist anzunehmen, dass es bald sein wird.

Reez w silav!

Herzliche Grüße!

Jemal Nebez Stiftung

Rechtsfähig und gemeinnützig



Innerhalb von Tagen – am 14.Mai - wird in der Türkei gewählt

Diese Wahl hat weltweit viel Aufmerksamkeit. Sie soll wichtig für die Zukunft der Türkei sein. Zwei Lager geben sich – den Umfragen zufolge - ein Kopf-an-Kopf-Rennen. Der noch-Präsident Recep Erdogan (mit der von ihm gegründeten konservativ-islamische AK Partei und neuerlich notwendigen, extremrechten ultranationalistischem Koalitionspartner MHP) steht einem ungewöhnlichen Oppositionsbündnis gegenüber. Das wird von der konservativen Jahrhundert-Partei CHP (republikanische Partei) unter Kemal Kılıçdaroğlu angeführt, der sich nach und nach mehrere kleine Parteien an seine Seite hat holen können.

Wahlkampf mit harten Bandagen um die Mehrheit der Stimmen

Es geht um Inflation und Korruption, um die Flüchtlingssituation, um das Jahrhundert-Erdbeben und wer schuld an dessen kataklysmischen Folgen ist.

Außerdem geht es um die unter noch-Präsident Erdogan deutlich erstarkte Islamisierung der Gesellschaft sowie um die vielen Menschen wichtige Rückkehr der Türkei zum Parlamentarismus, nachdem von Präsident Erdogan alternativ das Präsidialsystem eingeführt worden ist, überhastet und autokratisch, nachdem er 2015 einen Putschversuch hatte erleben müssen.

Eher autokratische Einführung des Präsidialsystems

Die neue Staatsform wurde zunehmend autokratisch eingeführt und zum ungünstigen Zeitpunkt, so die vielen Kritiker. Sie wurde eingeführt, nachdem der noch-Präsident einen Putschversuch erleiden musste, wobei bis heute unklar ist, ob er ihn nicht selbst inszeniert hat. Andere suchen die Schuldigen in der Gülen-Bewegung. Noch andere sehen einen Zusammenhang mit den zuvor über 2 Jahre auf höchster Ebene geführten Gesprächen mit Kurdenvertretern. Diese scheiterten dadurch, dass Erdogan, dann noch Ministerpräsident, sie unerwartet abbrach. Es war, als ob diese Gespräche sich für den AK Chef plötzlich wie ein heißes Eisen darstellten.

Denkbar ist, dass der AK Chef plötzlich erkannte, dass zuviel Neuerung ihm ganz schnell die die Regierungsmehrheit entziehen würde. Auf jeden Fall machte er – nach Abbruch der Gespräche mit den Kurdenvertretern - diejenige Partei zu seinem Koalitionspartner, die der Anerkennung der kurdischen Identität in der Türkei am feindseligsten gegenübersteht. Mit der ultranationalistischen MHP ist er auch in diesen Wahlkampf getreten.

Erdogans ‚Heißes Eisen‘ - Geburtsfehler und Völkermord-Politik

Die ersten 10 Erdogan-Jahre waren für ihn und seine konservativ-islamische AK Partei wunderbare Jahre. Offenbar hatte er sich stark gefühlt, als er die Gespräche auf höchster Ebene begann und sie auch nicht verheimlichte, wiewohl er doch gewusst haben muss, dass am Geburtsfehler seines Landes zu rühren, in seinem Lande immer noch tabu ist

Nur ein weiterer Politiker in den 100 Jahren seit Gründung der Türkei hatte sich vor Erdogan das gewagt.

Der vom türkischen Militär 1989 in das Amt des türkischen Staatspräsidenten gebrachte Turgüt Özal, Gründer der Anavatan (Mutterlandspartei) und hervorragender Wahlkämpfer, war populär und hatte Erfahrung in der türkischen Politik. Vor der Ehre, die ihm das türkische Militär einräumte, hatte er schon zweimal als Ministerpräsident gedient. Özal ließ sich durch das Tabu nicht abhalten.

Er starb 1993 im Amt. Seine Familie meinte, dass er vergiftet worden sei. Ein Blick in die Geschichte. Im Sevres-Vertrag von 1920 wurden den Kurden ihre nationalen Rechte nicht abgesprochen, die Option der zukünftigen Unabhängigkeit wurde erwähnt. Für den Fall ihrer teilweisen Zuordnung zum Territorium des zu gründenden Staates Türkei wurde ihnen im Sevres-Vertrag ausdrücklich Autonomie zugesagt.

Aber der Sevres-Vertrag wurde aufgrund des weitergehenden Krieges ausgesetzt. Nach dem zwei Jahre später auch der Türkisch-Griechische Krieg 1919-22 beendet war, wurde der Vertrag von Sevres (1920) durch den Vertrag von Lausanne 1923 ersetzt.

Der Lausanne Vertrag regelte im Wesentlichen die Vertreibung der Griechen aus Kleinasien und legte die heutige Grenze zwischen Griechenland und der Türkei fest. Dazu enthielt er mehrere Artikel zu den Rechten von Minderheiten in der zu gründenden Türkei, mit welchem Begriff im islamischen Kontext traditionsgemäß Christen gemeint sind. Wohl dem revolutionären Zeitgeist und der Einfachheit geschuldet wurde im Lausanne Vertrag darauf verzichtet, die Kurden mit Namen zu nennen. In einem Statement, das der Leiter der türkischen Delegation zu Protokoll gab, werden sie aber ausdrücklich genannt: „Die Regierung der Großen Nationalversammlung der Türkei ist die Regierung der Kurden genauso wie die der Türken (...).“

Aber die Realität in dem neuen Staat war ganz anders

Etwas Neues und Schreckliches entstand unter den Händen in der von Kemal Atatürk in den ersten 15 Jahren geführten türkischen Regierung, was - in aller Kürze - Völkermord-Politik genannt werden kann. Zu gleicher Zeit arbeitete der Staatsapparat an der Ideologie des in der Region völlig neuartigen Staates. Als Nationalstaat westlichen Musters nutzte die Türkei auch ihre außenpolitischen Möglichkeiten für die Umsetzung ihrer anti-kurdischen Ziele im eigenen Staat.

Abgesehen von was in den ersten Jahrzehnten zur gängigen Völkermord-Politik gehörte, wie die Benutzung des Wortes Bergtürken für Kurden, das Verbot, die kurdische Sprache in der Öffentlichkeit zu sprechen, oder die vielen türkischen Militäroperationen in die kurdischen Gebiete mit schrecklich vielen Menschenopfern und der Zerstörung der Lebensgrundlagen (welche Maßnahmen in den 1980/90er Jahren wieder neu eingesetzt wurden), es gab auch noch mehr Maßnahmen. Für die Gegenwart ist das Heraushalten des Kurdischen aus dem öffentlichen Schulsystem der Türkei zu nennen und der Umstand, dass Menschen ihre angestammte kurdische Identität in der Türkei nur leben können, wenn sie bereit sind, Schreckliches zu erleiden, unter anderem: Terrorismus-Verdacht, Verhaftung, Verhöre.

Was kann sich, wie ändern?

Leider kann es dazu derzeit keine Antwort geben, und wahrscheinlich auch nicht nach den Wahlen. Aber nach dem Rezept von Demokratien haben wir – nach bestem Wissen und Gewissen – mitgeteilt, was wir für außerordentlich wichtig halten und was nicht länger ungesagt bleiben darf.

Möge es mehr guten Willen zwischen den Menschen geben. Möge es mehr guten Willen für Kurden geben. Ein denkbarer Ansatz wäre die Aufarbeitung dieser Problematik samt ihren Weiterungen, mit Blick auf die Zukunft.

Wer könnte das leisten? Das könnte die UNO sein. Das könnte, um einen Anfang zu machen, auch ein von manchen verantwortungsbewussten Staaten geschaffenes und beauftragtes Gremium sein.

Reez w silav!
Herzliche Grüße!

Jemal Nebez Stiftung
Rechtsfähig und gemeinnützig

Kontakt

Telefon: +49 (0) 30 86 12 653 | Fax: +49 (0) 30 86 15 706

Wir freuen uns, wenn Sie unseren Newsletter abonnieren, entweder über unsere Webseite:
<https://www.jemal-nebez-stiftung.org/> oder per Email an: info(at) jemal-nebez-stiftung.org